

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0259/2025 (DDI)

Kleine Anfrage Fraktion SVP: Auswirkungen des EU-Vertragspakets (Unterwerfungsvertrag) auf die Zuwanderung im Kanton Solothurn (12.11.2025)

Mit den neuen (EU-Unterwerfungs)-Verträgen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) ist eine Ausweitung und dynamische Übernahme der Personenfreizügigkeit vorgesehen. Zudem werden durch die Aufnahme weiterer Staaten – insbesondere Bulgarien, Rumänien und Kroatien – zusätzliche Bevölkerungsgruppen in den Anwendungsbereich des Abkommens einbezogen.

Änderungen sind im Personenfreizügigkeitsabkommen, insbesondere der neuen Bestimmungen zu:

- Artikel 1 (Präambel): Einreise- und Aufenthaltsrecht unter Wahrung der Gleichbehandlung,
- Artikel 4a: Recht auf Aufenthalt und Zugang zu einer selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit?

Diese Entwicklungen dürften Auswirkungen auf Zuwanderung, Arbeitsmarkt, Infrastruktur, Wohnungswesen sowie Bildungs- und Sozialstrukturen haben. Der vom Bund vorgesehene Notfallmechanismus wird von vielen Fachleuten als wenig wirksames Steuerungsinstrument beurteilt, sodass die Kantone – und damit auch der Kanton Solothurn – direkt mit den Konsequenzen eines möglichen Anstiegs der Zuwanderung konfrontiert sein werden.

Um die Tragweite und die Auswirkung dieser Veränderungen für unseren Kanton besser einschätzen zu können, wird die Regierung gebeten, diese Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt die Regierung die rechtlichen und praktischen Folgen der geplanten Änderungen im Personenfreizügigkeitsabkommen?
2. Die Personenfreizügigkeit soll künftig dynamisch übernommen werden. Welche Auswirkungen erwartet die Regierung daraus insbesondere auf Arbeitsmarkt, Sozialwesen, Integration und Bildung? Lassen sich diese Auswirkungen gegebenenfalls quantifizieren?
3. Mit welchen Zuwanderungszahlen rechnet die Regierung des Kantons Solothurn infolge der neuen EU-Unterwerfungs-Verträge und der erweiterten Personenfreizügigkeit inkl. Familiennachzug ein?
4. Die Schweiz kennt bereits eine Schutzklausel, die allerdings noch nie angerufen wurde und sich als nutzlos erwiesen hat. Welche Handlungsspielräume sieht die Regierung auf kantonaler Ebene, um auf eine erhöhte Zuwanderung reagieren zu können?
5. Warum hat der Regierungsrat das Gefühl, dass die vorgesehenen Massnahmen griffiger sein sollen?
6. Wie hoch sind die Kosten der «Ausgleichsmassnahmen» für den Kanton, wenn diese Klausel tatsächlich aktiviert würde? Beabsichtigt der Kanton, weitere Verfassungsbrüche durch den Bund zu tolerieren oder gar mitzutragen?
7. Wie gedenkt die Regierung, den dadurch zu erwartenden Druck auf Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur und Schulwesen zu bewältigen?
8. Mit welchen zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten rechnet der Kanton in diesen Bereichen?
9. Welche finanziellen Mehrbelastungen für Kanton und Gemeinden erwartet die Regierung im Zusammenhang mit den neuen Rahmenbedingungen der Personenfreizügigkeit?

10. Unter den fünf kriminellsten Gemeinden der Schweiz hat es drei Solothurner Gemeinden. Wie schätzt die Regierung den Einfluss der Ausweitung der Personenfreizügigkeit mit erweitertem Familiennachzug auf die Kriminalität ein?

Begründung 12.11.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: Stärkle Diana, Borner Matthias, Burger Marco, Dick Markus, Fischer Tobias, Frey Thomas, Giger Thomas, Jacomet Pascal, Jeker Silvio, Kiefer Robin, Künzli Beat, Läng Adrian, Meppiel Andrea, Ritschard Stephanie, Ruchti Werner, von Arx Thomas, Wenger Thomas, Winistörfer Marc (18)